



# Umweltpolitik

Fakten | Argumente | Positionen

## Unternehmerische Eigenverantwortung stärken, Genehmigungsverfahren beschleunigen, Umweltverwaltung zukunftssicher aufstellen!

### Situation Sachsen

Obwohl die wirtschaftliche Lage in Sachsen derzeit gut ist, werden die Unternehmen durch immer komplizierter werdende umweltrechtliche Regelungen stark belastet. Gesetze und Verordnungen sind häufig unverständlich, in sich widersprüchlich und werden vor Ort nicht immer lösungsorientiert vollzogen. Nur eine funktionierende Umweltverwaltung sichert einen fairen Wettbewerb und sorgt für zügige und rechtssichere Verwaltungsverfahren.

### Europäisches Umweltrecht 1:1 umsetzen, Eigenverantwortung stärken

- Europäische Vorgaben sollten 1:1 umgesetzt werden. Einseitige nationale Verschärfungen können die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Standort Deutschland bzw. Sachsen gefährden. Die Politik sollte stärker auf die freiwillige Innovationskraft der Unternehmen setzen und ihnen ausreichend Freiräume für eigenverantwortliches Handeln geben. Vor der Einführung neuer kostspieliger Umweltauflagen für Unternehmen sollte sie Maßnahmen prüfen, die für Umwelt und Wirtschaft gleichermaßen von Vorteil sind.
- In der umweltpolitischen Gesetzgebung müssen generell bürokratiearme, verhältnismäßige und dem Gedanken des Wettbewerbs verpflichtete Lösungen angestrebt werden.

### Standortentwicklung weiterhin ermöglichen

- Wir erwarten von Landes- und Bundespolitik, dass neue Umweltauflagen bestehende Gewerbe- und Wirtschaftsstandorte nicht gefährden. Für Bestandsanlagen und geplante Investitionen sind ausreichende Übergangsfristen und eine transparente Rechtssetzung anzustreben.
- Das Immissions- und Störfallrecht sind so anzupassen, dass gewerbliche Nutzungen in dicht besiedelten Räumen möglich bleiben.

### Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen beschleunigen

- Die Verfahren für Neu- und Änderungsgenehmigungen für Industrieanlagen dauern in Sachsen zu lange – der aktuelle Zustand ist ein Standortnachteil für Sachsen.
- Wir fordern von der öffentlichen Hand, zügige und rechtssichere Genehmigungsverfahren für den Wirtschaftsstandort Sachsen zu gewährleisten, eine quantitativ und qualitativ bedarfsgerechte Personalausstattung in den Genehmigungsbehörden sicherzustellen, die technisch-praxisorientierte Fachkompetenz zu bündeln, die Kommunikation zu verbessern und die Genehmigungsverfahren zu vereinheitlichen und zu digitalisieren.
- Wir begrüßen in dem Kontext ausdrücklich Arbeit der „Kommission zur Evaluation von Genehmigungsverfahren“. Diese hat unter Mitwirkung der IHK Dresden im Juni 2019 der Staatsregierung konkrete Verbesserungsvorschläge im o.g. Sinne vorgelegt. Der Freistaat ist nun gefragt, diese dringend notwendigen Veränderungen zeitnah umzusetzen. Die Thematik muss auch über die Arbeit der Kommission hinaus als politische Daueraufgabe verstanden werden.

### Umweltverwaltung zukunftssicher aufstellen

- Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass Wirtschaft und Verwaltung um die besten Fachkräfte konkurrieren. Deshalb ist es notwendig, vor allem die technisch-praxisorientierten Fachleute in der Verwaltung so effizient wie möglich einzusetzen. Eine Verteilung auf die Landkreise ist nicht zielführend.
- Die Umweltverwaltung sollte zügig und idealerweise im Rahmen des sächsischen Online-Service-Portals „Amt24“ ihre internen und externen Abläufe digitalisieren.

- Nachhaltigkeitsstrategie als sächsische Dachstrategie etablieren**
- Ohne nachhaltiges Wirtschaften verlieren die Unternehmen in Sachsen auf Dauer an Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb muss die sächsische Nachhaltigkeitsstrategie Ziele und Wege aufzeigen, wie der Transformationsprozess gelingen kann.
- Potenziale der Umweltallianz Sachsen ausschöpfen**
- Die Potenziale der Umweltallianz Sachsen als Beteiligungs- und Arbeitsgremium liegen seit einigen Jahren brach. Das Gremium sollte wie in der Vergangenheit wieder für Anhörungen im Rahmen von Gesetzgebungs- und Strategieprozessen, bei Problemen mit dem Vollzug des Umweltrechts sowie bei der Förderung umweltbewussten Wirtschaftens genutzt werden.
  - Freiwilliges Engagement von Unternehmen im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit muss gefördert und unterstützt werden.
  - Für die Stärkung der unternehmerischen Eigenverantwortung erwarten wir deshalb seitens der Landespolitik eine deutliche und öffentlichkeitswirksame Würdigung von Betrieben, die über die rechtlichen Vorgaben hinaus freiwillige und besondere Umweltleistungen erbringen.
- Schrittweise Einführung von Umweltmanagementsystemen unterstützen**
- Die Verbreitung von Umweltmanagementsystemen in der kleinteilig geprägten Unternehmerschaft muss gezielter als bisher unterstützt werden. Dafür schlagen wir ein Landesförderprogramm in Verantwortung des sächsischen Umweltministeriums und nach dem Vorbild von Bayern bzw. Baden-Württemberg vor, das ausschließlich Gruppenprojekte unterstützt und niedrigschwelligen Einstieg mit schrittweisem Herangehen kombiniert, um Unternehmen bis zur erfolgreichen Zertifizierung zu begleiten und gleichzeitig die Vernetzung der Betriebe zu stärken.
- Energie- und Rohstoffeffizienz integrativ betrachten**
- Energie- und Materialflüsse laufen in Unternehmen integrativ ab, es ist nicht zielführend, diese getrennt voneinander zu betrachten.
  - Deshalb schlagen wir vor, den sächsischen Gewerbeenergiepass um das Thema Materialflüsse und das Beratungsangebot der Sächsischen Energieagentur um das Thema Rohstoffe und Materialien zu erweitern. Ein Kompetenzzentrum nach Vorbild des Landes Nordrhein-Westfalen könnte stringenter als bisher dazu beitragen, die Ressourceneffizienz und damit die Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen zu steigern.
- Investitionen in Rohstoff-Forschung verstärken**
- Für eine nachhaltige Rohstoffpolitik müssen Maßnahmen zur Forschung und Entwicklung intensiviert werden. Gerade was die Nutzung heimischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffströme angeht, gibt es hier noch ungenutztes Potenzial.
- Nutzung von Recyclingpotenzialen ermöglichen**
- In einem wettbewerblichen Markt für Sekundärrohstoffe, wie Verpackungen o. ä., mit europaweit vergleichbaren Qualitätsstandards kann die Wirtschaft das Potenzial des Recyclings besser erschließen. Rechtliche und administrative Hemmnisse bei der Verwendung von Sekundärrohstoffen sollten deshalb geprüft und wenn möglich abgebaut werden. Für eine funktionierende Kreislauf-führung sollten zurückgewonnene Sekundärrohstoffe mit Naturmaterialien gleichgestellt werden.

Weitere Forderungen der IHK Organisation zum Themenfeld Innovation-Digitalisierung finden sich zudem auf der Homepage unseres Dachverbandes DIHK: [www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik](http://www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik)

**Ansprechpartner:**

Moritz John, Referent Mittelstandspolitik und Soziale Medien | Telefon +49 351 2802-106 | [john.moritz@dresden.ihk.de](mailto:john.moritz@dresden.ihk.de)  
 Dr. Cornelia Ritter, Referatsleiterin Energie, Umwelt, Technologie | Telefon +49 351 2802-130 | [ritter.cornelia@dresden.ihk.de](mailto:ritter.cornelia@dresden.ihk.de)

[www.dresden.ihk.de](http://www.dresden.ihk.de)

[www.facebook.com/ihkdresden1](https://www.facebook.com/ihkdresden1)

[www.twitter.com/ihkdresden](https://www.twitter.com/ihkdresden)